



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

**Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag
11. Wahlperiode: 1.-83. Sitzung. (11/1 - 11/1004), 1983
-1987**

15.05.1984 - Sitzung Nr. 13

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Nr. 11/153

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes

Antrag der Fraktion der SPD vom 12. März 1984
(Drucksache 11/113)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 11/154

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Meldewesen (Meldegesetz)

Antrag der Fraktion der CDU vom 25. April 1984
(Drucksache 11/144)

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung des Gesetzentwurfs und überweist ihn zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Inneres.

Nr. 11/155

Bedeutung der EG-Politik für Bremen

Antrag der Fraktion der CDU vom 27. April 1984
(Drucksache 11/147)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 11/156

EG-Politik für Bremen

Antrag der Fraktion der SPD vom 8. Mai 1984
(Drucksache 11/150)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

- „1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, angesichts der Wahlen zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um die Bedeutung des Einigungswerks der europäischen Völker für die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt den Wählern bewußt-zumachen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die Bedeutung der Zusammenarbeit der europäischen Regierungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und fordert die Bundesregierung auf, die Vorschläge der französischen Regierung für gemeinsame wirtschaftspolitische Anstrengungen im EG-Ministerrat zu unterstützen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gegenüber der Politik der Europäischen Gemeinschaft die besonderen Belange unserer Region verstärkt zu vertreten.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Erfolg des Senats bei der Anerkennung des Landes Bremen durch die Europäische Gemeinschaft als förderungswürdiges Gebiet im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und erwartet, daß im Rahmen der Umorientierung der der Bundesrepublik Deutschland zustehenden Fördermittel des europäischen Regionalfonds auf die strukturschwachen Regionen mit besonderen Industrie-Problemen unserer Region wenigstens 20 Prozent dieser Mittel zugewiesen werden. Dies setzt eine entsprechende Unterstützung durch die Bundesregierung voraus.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Einigungsbestrebungen der Klöckner-AG mit der Europäischen Gemeinschaft, die die bremische Stahlhütte in die Lage versetzt, im europäischen Wettbewerb zu bestehen. Sie begrüßt insbesondere, daß aus den Mitteln des Landes 71 Millionen DM zur Struktur-anpassung des Werkes Bremen zur Verfügung gestellt worden sind, und erwartet von der Bundesregierung, nun ihrerseits die zugesagte Förderung in Höhe von 140 Millionen DM baldmöglichst bereitzustellen.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die umfassende Einigung der Europäischen Gemeinschaft über eine europäische Fischereipolitik, für die die Bundesregierung bereits im Jahre 1980 die entsprechenden Vorleistungen erbracht hat, und fordert den Senat auf, die deutsche Hochseefischerei dazu zu veranlassen, nach dieser Klärung ihrer Zukunftsperspektiven nun schnellstmöglich ein Konzept für die künftige Entwicklung der deutschen Fischerei und die Sicherung der davon abhängigen Arbeitsplätze in Bremerhaven vorzulegen.

Die Bürgerschaft (Landtag) sagt dabei den Betriebsräten der deutschen Hochseefischerei ihre uneingeschränkte Unterstützung zu.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Erfolge des Senats bei der Gewinnung von Fördermitteln aus dem europäischen Sozialfonds, insbesondere für Modellmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Mädchen und jungen Frauen, und fordert die Bundesregierung auf, die bei der Europäischen Gemeinschaft vorliegenden Anträge des Landes Bremen auf weitere Mittelbewilligung aus dem europäischen Sozialfonds zu unterstützen.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Erfolg des Europäischen Parlaments bei der Verhinderung der von den Rotterdamer Güterkraftverkehrsinteressenten betriebenen Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichts von Lastkraftwagen über 40 t hinaus und fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der europäischen Verkehrspolitik auf eine Stärkung der Eisenbahn im Güterverkehr sowie auf eine Harmonisierung der Wettbewerbsvorschriften und der Mineralölsteuer im Straßengüterverkehr zu drängen. Dies wäre eine Voraussetzung für die Abschaffung der Grenzkontrollen im Straßengüterverkehr.

Die Bürgerschaft (Landtag) wendet sich entschieden gegen eine Nivellierung von Verkehrs- und Sozialvorschriften, die den Verkehrssicherheitsstandard der Bundesrepublik Deutschland verringern würden, und fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Lastwagenkontrollen intensiviert werden.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Forderung des Europäischen Parlaments, die Verklappung von Titan-Dioxyd spätestens zum 1. Januar 1986 zu beenden.
10. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt den unter dem Druck der amerikanischen Industrie- und Handelskammer zustande gekommenen Beschluß des Europäischen Parlaments, den Vorschlag der EG-Kommission für eine Richtlinie betreffend die Information der Beschäftigten in multinationalen Konzernen („Vreedeling-Richtlinie“) bis zur Wirkungslosigkeit zu verwässern, und verlangt vom EG-Ministerrat sicherzustellen, daß europäische Beschäftigte in multinationalen Konzernen gemäß den deutschen Mitbestimmungsregeln über alle Investitionspläne der Muttergesellschaften rechtzeitig und ausführlich informiert werden.

11. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Initiative der Europäischen Gemeinschaft für die Gleichstellung der Frau im Berufsleben und fordert den Senat auf, sich im Bundesrat erneut dafür einzusetzen, daß im Sinne des jüngsten Urteils des Europäischen Gerichtshofes das Bundesrecht dem Recht der Europäischen Gemeinschaft angepaßt wird.
12. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die koordinierende Tätigkeit der bremischen Landesvertretung in Bonn in bezug auf die Wahrnehmung bremischer Interessen gegenüber der Europäischen Gemeinschaft und fordert den Senat auf, eine Zusammenarbeit sämtlicher betroffener bremischer Behörden bezüglich aller Kontakte zur Europäischen Gemeinschaft auf Verwaltungsebene sicherzustellen.
13. Die Bürgerschaft (Landtag) ersucht den Senat, dabei mitzuhelfen, daß die Bürger Bremens im Interesse einer gedeihlichen Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft in großer Zahl am 17. Juni 1984 von ihrem Recht zur Wahl des Europäischen Parlamentes Gebrauch machen und damit dazu beizutragen, daß im Sinne der langjährigen Tradition des Landes Bremen zu dem Europa der Kaufleute und der Landwirte endlich ein Europa der Arbeitnehmer tritt."

Nr. 11/157

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7 vom 20. März 1984

(Drucksache 11/119)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 11/158

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8 vom 2. April 1984

(Drucksache 11/135)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 11/159

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 9 vom 25. April 1984

(Drucksache 11/145)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 11/160

Sechster Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 4. April 1984

(Drucksache 11/136)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuß.

Nr. 11/161

Wahl von zwei Vertrauensleuten und einem Vertreter des Ausschusses zur Wahl der Richter des Verwaltungsgerichts

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Dieter Thiele,
Hastedter Osterdeich 156, 2800 Bremen 1,
anstelle von Herrn Gerd Markus zum Mitglied,

Herrn Ludwig Ladewig,
Ludewigstraße 35, 2800 Bremen 61,
anstelle von Herrn Uwe Kramer zu dessen Stellvertreter

sowie

Herrn Heinz-Konrad Reith,
Königsberger Straße 6, 2800 Bremen 61,
anstelle von Herrn Manfred Mayer-Schwinkendorf
zum Mitglied des Ausschusses zur Wahl der Richter des
Verwaltungsgerichts.

Nr. 11/162

Wahl der Beisitzer für den Beschwerdeausschuß nach § 19 Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz — KgfEG —

Mitteilung des Senats vom 24. April 1984
(Drucksache 11/141)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend dem Wahlvorschlag.

Nr. 11/163

Geplanter Einsatz von plutoniumhaltigen Brennelementen im Kernkraftwerk Unterweser

Antrag der Fraktion der GRÜNEN vom 30. April 1984
(Drucksache 11/148)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 11/164

Kernkraftwerk Unterweser

Antrag der Fraktion der SPD vom 14. Mai 1984
(Drucksache 11/162)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) kann den Einsatz von plutoniumhaltigen Mischoxid-Brennelementen im Kernkraftwerk Unterweser nur dann billigen, wenn damit eindeutig eine Entsorgungs-Strategie verbunden ist, die einen schrittweisen Abbau von Plutonium zur Folge hat.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) ist befremdet darüber, daß das Land Niedersachsen die im Gespräch zwischen Ministerpräsident Albrecht und Bürgermeister Koschnick am 30. 6. 1982 gemachte Zusage, dem Senat in Kürze prüffähige Lösungsvorschläge zu gleich wirksamen technischen Alternativen anstelle der Kühlturmlösung zu unterbreiten, noch immer nicht eingehalten hat.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, umgehend gegenüber der niedersächsischen Landesregierung darauf zu dringen, daß die am 30. 6. 1982 abgegebenen Zusage eingehalten wird.

Nr. 11/165

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Maßnahmen zur Verminderung der Steuerrückstände und zur Erhöhung der Steuergerechtigkeit im Lande Bremen
Antrag der Fraktion der GRUNEN vom 2. Mai 1984
(Drucksache 11/149)
2. Steuerrückstände im Lande Bremen
Antrag der Fraktion der SPD vom 8. Mai 1984
(Drucksache 11/151)
3. Ausbildungsverträge in öffentlichen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 27. April 1984
(Drucksache 11/146)
4. Ausbildungsplatzdefizit
Antrag der Fraktion der SPD vom 8. Mai 1984
(Drucksache 11/152)
5. Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Strukturen der Verwaltung
Mitteilung des Senats vom 20. März 1984
(Drucksache 11/121)
6. Bericht über bereits eingeleitete und weiterhin beabsichtigte Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und der Schwarzarbeit im Lande Bremen
Mitteilung des Senats vom 27. März 1984
(Drucksache 11/133)
7. Verbesserung der Datenlage im Bereich Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und der Schwarzarbeit im Lande Bremen
Antrag der Fraktion der CDU vom 11. Mai 1984
(Drucksache 11/158)
8. Internationale Nordseeschutz-Konferenz
Antrag der Fraktion der SPD vom 8. Mai 1984
(Drucksache 11/153)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 11. Mai 1984
(Drucksache 11/159)

Änderungsantrag der Fraktion der GRUNEN vom 14. Mai 1984
(Drucksache 11/161)
9. Anerkennung der Türkei im Europarat
Antrag (Entschließung) der Fraktion der GRUNEN
vom 9. Mai 1984
(Drucksache 11/155)

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100

100-111111-100



